

*Für ein anderes Europa*

*Ernst Hillebrand / Anna Maria Kellner (Hg.)*

# *Für ein anderes Europa*

*Beiträge zu einer notwendigen Debatte*



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0452-5

1. Auflage 2014

Copyright © 2014 by

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH

Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlag: Ralf Schnarrenberger, Hamburg

Satz: Just in Print, Bonn

Druck und Verarbeitung: CPI - Ebner & Spiegel GmbH, Ulm

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2014

Besuchen Sie uns im Internet: [www.dietz-verlag.de](http://www.dietz-verlag.de)

- 7 **Vorwort**  
ERNST HILLEBRAND
- 11 **Eine progressive Vision für Europa**  
Eine Meinung aus Spanien  
JOSEP BORRELL FONTELLES
- 21 **Eine fortschrittliche Vision von Europa**  
LAURENT BOUVET
- 28 **Gegen ein Einheitseuropa**  
Euro-Realisten in der Klemme zwischen radikalen  
Föderalisten und Anti-EU-Extremisten  
RENÉ CUPERUS
- 43 **»Mein Europa« – Vision oder Illusion?**  
HERTA DÄUBLER-GMELIN
- 56 **Auf dem Weg zu einem europäischen Traum**  
PETR DRULÁK
- 69 **Solidarität und die Europäische Union**  
Vom Wohlfahrtsstaat zur Eurokrise  
ANDRÉ W. M. GERRITS
- 80 **Eine neue Abmachung zwischen EU und Nationalstaaten**  
DAVID GOODHART
- 94 **Das Doppeldefizit der Europäischen Union**  
RONNY MAZZOCCHI

- 104 **Haben wir den falschen Götzen angebetet?**  
Progressive haben sich von der Europäischen Union eine zweite Zählung des Kapitalismus erhofft. Diese Hoffnung ist kollabiert. Rückabwicklung ist aber keine Option.  
ROBERT MISIK
- 112 **»Etwas mehr Begeisterung, bitte!«**  
MICHAEL NAUMANN
- 123 **Ansichten von einer kleinen Insel zur Zukunft eines Kontinents**  
Eine britische Perspektive auf die Europäische Union  
NICK PEARCE
- 141 **Die Befreiung Europas aus den Fängen des Neoliberalismus**  
ZOLTÁN POGÁTSA
- 153 **Souveränität und Soziales Europa**  
Ein nordisches Dilemma  
GÖRAN VON SYDOW
- 169 **Arbeit im Fokus:  
Europa vereinigen heißt Arbeit vereinigen**  
Historische und wirtschaftliche Gründe für einen sozialdemokratischen »New Deal« in Europa  
PAOLO BORIONI
- 183 **Ausblick:  
Warum Europa?**  
GYÖRGY KONRAD
- 187 **Liste der Autoren und Herausgeber**

Das Europäische Integrationsprojekt, so hört man allenthalben, steht an einem Scheideweg. Zweifel über den Fortgang der Integration haben sich auch bei den progressiven Parteien eingeschlichen. Die Krisen im gemeinsamen Währungsraum haben die frühere Einhelligkeit zugunsten einer Vertiefung der politischen Zusammenarbeit relativiert: Gegenwärtig besteht allenfalls Konsens darüber, dass der erreichte Zustand – gemeinsame Währung bei fortbestehender nationaler Verantwortung für die Bankenaufsicht und die Fiskalpolitik – instabil ist und die Union mehr spaltet als einigt. Je nach politischer Lesart und theoretischer Deutung plädieren im linken Lager einige nun für den großen Sprung nach vorn, andere dagegen für einen geordneten Rückbau der Integration. Üblicherweise geht es bei dieser Debatte immer um das Ganze: Um die Zukunft der Europäischen Integration an sich, als großes historisches Projekt, das weder Klassen noch Parteien kennt, sondern nur noch Europäer.

Diese Entpolitisierung der europapolitischen Debatten ist natürlich nichts Neues. Sie begleitete den Integrationsprozess von Anfang an und betrifft alle politischen Lager. Im Schatten dieser formalen Entpolitisierung ist realpolitisch aber etwas ganz anderes passiert: Die Europäische Integration war und ist ein eminent politischer Prozess, der von sozialen und ökonomischen Interessen und ideologischen Prämissen geprägt wurde und wird. Wie in jedem politischen Prozess gibt es auch hier Gewinner und Verlierer. Und wie in jedem politischen Prozess stellt sich auch für die Europäische Integration die uralte essentielle Frage des Politischen: *Cui bono* – wem nützt es?

Die Friedrich-Ebert-Stiftung möchte mit diesem Buch einen Beitrag zur Re-politisierung der Debatte um Europa leisten und Antworten auf eine Frage geben, die sich mit wachsender Dringlichkeit stellt: Wie verhalten sich der europäische Integrationsprozess und das »real existierende Europa« der Europäischen Union (EU) zu den grundlegenden Werten und Zielen der politischen Linken, zu Demokratie, Selbstbestimmung, Freiheit und Wohlstand für möglichst viele Menschen? Ist die EU in diesem Sinne ein emanzipatorisches Instrument der Bürger Europas? Oder, im Gegenteil, vielmehr Agent der schleichenden Entmündigung des demokratischen Souveräns und der Aushöhlung der politischen und sozialstaatlichen Errungenschaften des »sozialdemokratischen« 20. Jahrhunderts?

### *Drei Dilemmata der EU*

Sucht man eine Antwort auf diese Frage, stößt man auf drei grundlegende Dilemmata, die mit dem Charakter des europäischen Integrationsprozesses in den letzten Jahren verbunden sind. Diese Dilemmata sind aus linker Sicht keineswegs banal, im Gegenteil: Sie alle gehen an die Substanz des politischen Projekts der europäischen Linken.

1. Demokratie und Bürgerbeteiligung: Die Europäische Integration präsentiert sich über weite Strecken als Elitenprojekt, das von einer geringen Teilhabe der Bevölkerung gekennzeichnet war und ist. Die Souveränität der Nationalstaaten und ihrer Parlamente wurde im Management der Euro-Krise massiv geschwächt. Das Vertrauen der Bürger in die demokratische Beeinflussbarkeit der Politik auf europäischer Ebene ist, Umfragen belegen dies regelmäßig, wesentlich geringer als im nationalstaatlichen Rahmen. Die Wahlbeteiligung an den Europawahlen ist seit ihrer Einführung kontinuierlich gesunken.

2. Sozialstaatlichkeit und Deregulierung: Die soziale Entwicklung in Europa war in den letzten beiden Jahrzehnten von einem

Anwachsen der Ungleichheit geprägt. Die Auslegung des Europäischen Rechts durch den EuGH – z. B. in den Entscheidungen von *Laval* und *Rüffert* – hat den Wettbewerb zwischen den Sozial- und Arbeitsmarktsystemen deutlich erweitert. Die Spielräume für direkte Lohnkonkurrenz zwischen den Arbeitnehmern in Europa wurden durch Binnenmarkt, Deregulierung und Freizügigkeitsbestimmungen deutlich erweitert. Regulierungsabbau, Steuerwettbewerb und Toleranz für Steuervermeidung aller Art haben die Einnahmehasis der Nationalstaaten geschwächt und die fiskalische Belastung von Arbeitseinkommen erhöht.

3. Wachstum und Europäisierung: Historisch wurde die relativ schwache Input-Legitimität des europäischen Integrationsprozesses implizit durch die Output-Legitimität einer als Erfolg geschilderten ökonomischen Integration kompensiert. Mit der Finanz- und Eurokrise wurde diese Legitimitätsdimension deutlich geschwächt. Der am stärksten integrierte Teil der EU, die Eurozone, ist heute die wachstumsschwächste Region der OECD-Welt. Das Ziel, Wohlstand für Alle zu sichern, erscheint für viele EU-Mitgliedstaaten auf absehbare Zeit nicht mehr erfüllbar. Vor allem in den Krisenländern im Süden der Eurozone kämpfen viele Unternehmen um ihr Überleben, ist kein Wachstum in Sicht. Die Jugendarbeitslosigkeit in der Eurozone ist auf einem extrem hohen Niveau angelangt.

### *Eine progressive Vision für Europa*

Angesichts dieser Entwicklungen hat die Friedrich-Ebert-Stiftung linke und progressive Intellektuelle aus 10 europäischen Ländern gebeten, ihre Visionen eines »anderen Europas« aufzuschreiben: eines Europas nämlich, welches den Interessen und Bedürfnissen der Menschen dieses Kontinent gerecht wird und die politischen und sozialen Errungenschaften der europäischen Nationalstaaten nicht beschädigt, sondern stärkt und erweitert. Wir halten eine solche Debatte nicht nur für abstrakt wünschenswert, sondern für

politisch unvermeidlich. Der stillschweigende europapolitische Konsens, auf den das Integrationsprojekt jahrzehntelang setzen konnte, wird brüchiger. Dies stellt gerade die proeuropäische Linke vor die Herausforderung, ihre grundsätzlichen Haltungen und Positionen neu zu begründen.

Welches Verhältnis zwischen europaweiten und nationalstaatlichen Lösungen ist dabei anzustreben? Kann die Europäische Integration trotz des fehlenden europäischen »Staatsvolks« die Form einer staatsähnlichen Konstruktion im Rahmen eines »föderalen Europa« annehmen? Was sind die Risiken und Nebenwirkungen eines voluntaristischen »Großen Sprungs«, wie ihn Teile der europäischen Funktions- und Besitzeliten, aber auch viele europapolitische Postulate der linken Parteien Europas heute fordern? Eindeutige Antworten auf diese Frage finden sich auch in den Beiträgen dieses Buches nicht. Das Meinungsspektrum der Autoren reicht von einem klaren Bekenntnis zu einem föderalen Europa bis hin zu einer tiefen Angst vor den politischen und wirtschaftlichen Kollateralschäden eines voluntaristischen Integrationseifers. Keinen Zweifel lassen alle Beiträge jedoch an einem: Die Notwendigkeit einer vertieften europäischen Integration und Kooperation ist unumstritten. Wir alle wollen ein starkes, demokratisches und wohlhabendes Europa und eine EU, die bei den Menschen Europas Legitimität und Respekt genießt. Wir alle wollen ein Europa, welches der arbeitenden Mehrheit dieses Kontinents und den sozial Schwachen wirklich nützt und nicht schadet; ein Europa, welches Demokratie und Selbstbestimmung stärkt und nicht schwächt. Die Frage, die uns alle bewegt, ist die nach der besten Methode, um diese Ziele zu erreichen. Die Debatte darüber wird uns noch eine Weile beschäftigen. Mit diesem Buch wollen wir einen Beitrag dazu leisten.

# *Die Befreiung Europas aus den Fängen des Neoliberalismus*

ZOLTÁN POGÁ TSA

## *Stand der Dinge: Demokratie und Bürgerbeteiligung*

Der Mangel an Bürgerbeteiligung am europäischen Projekt ist weder eine Fehlentwicklung der jetzigen Zeit noch ein Zeichen von bedauernswerter Ignoranz oder beklagenswertem Desinteresse seitens der europäischen Bürger, sondern das dauerhafte Merkmal einer Form von Integration, die bewusst so angelegt wurde, dass die Bürger außen vor blieben. Der integrationstheoretische Fachbegriff für diesen Ansatz lautet Funktionalismus.

Im Gegensatz zu dem von der offiziellen Propagandamaschinerie der Europäischen Union verbreiteten Narrativ war die Europäische Integration kein linearer Prozess. So sehr sich einige Gründungsväter wie Adenauer oder Spinelli nach Kriegsende auch ein föderales Europa herbeiwünschten, war eine solche Entwicklung in den 1940er und 1950er Jahren nicht möglich. Zahlreiche Versuche, ein europäisches politisches System einzuführen, verliefen im Sande. Andere Gründungsväter wie Paul-Henri Spaak wollten ein Europa, das auf freiem Handel gründete. Dieser Wunsch ging mit der so wichtigen durch die Römischen Verträge von 1957 ins Leben gerufenen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Erfüllung. Und die europäischen Föderalisten, die der Tatsache ins Auge blicken mussten, dass die Nationalstaaten des Westfälischen Systems auch nach den verheerenden Zerstörungen und den massenhaften Völkermorden nicht bereit waren, ihre Souveränität in einem föderalen Staat zu bündeln, machten hier ein folgenschweres Zugeständnis. Ihnen blieb nur die Hoffnung, dass Europa auf dem freien Handel aufbauend nach und nach einen technokratischen

Prozess durchlaufen würde, der zwar keine plebiszitäre Legitimation hätte, aber eine Reihe von Nebeneffekten mit sich brächte, die letztendlich eine politische Union erforderlich machen würden. Das war der Kompromiss, den Föderalismusbefürworter wie Monet und Hallstein akzeptierten, während andere, wie Spinelli, immer desillusionierter wurden. Dieses funktionalistische Projekt stand seinem Wesen nach in absolutem Widerspruch zur Bildung eines europäischen Gemeinwesens.

Zum Leidwesen der Föderalisten wurde die politische Rechte in den 1970er Jahren von der neoliberalen Bewegung erfasst. Mit dem Beitritt Großbritanniens wurde Margaret Thatcher zu einer maßgeblichen Stimme in den europäischen Angelegenheiten, und die berühmte Kehrtwendung Mitterrands schaltete Frankreich als mögliche Gegenmacht aus. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte bekam Thatcher die von ihr erhoffte intergouvernementale europäische Freihandelszone, auf deren Grundlage alles andere aufgebaut werden könne, wie sie bekanntermaßen glaubte. Die alles überragende politische Figur Jacques Delors war als bislang einflussreichster Kommissionspräsident auf der europäischen Bühne eine Zeitlang das föderalistische Gegengewicht zu Thatcher. Und der von Gorbatschow in die Wege geleitete europaweite Wiedervereinigungsprozess war geistiger Anstoß für eine neue Welle föderalistischen Enthusiasmus'. Delors' größte politische Errungenschaft, der Maastrichter Vertrag, ließ die Hoffnung der Föderalisten mit dem neuen Namen »Union« für die Integration wieder auflodern. Diese Bezeichnung implizierte zwar einen Föderalismus, lieferte ihn aber nicht: Das Schengen-System, die Einheitswährung und die gemeinsame Umweltgesetzgebung waren insbesondere im Vergleich zu weltweiten Trends spektakuläre Erfolge. Regionalismus und Entwicklungstransfers erwiesen sich als kurzzeitige Anstöße, die dann jedoch in einen rigiden technokratischen Ausverkauf der ärmeren Mitgliedstaaten ausarteten. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik war von Anfang an ein Fehlschlag und ist es bis heute. Die rhetorische Verpflich-

tung zu einem »Europäischen Sozialmodell« fand nie Eingang in den gemeinschaftlichen Besitzstand. Stattdessen begannen die Mitgliedstaaten mit Ausnahme der skandinavischen Länder sogar damit, die Sozialsysteme auf nationaler Ebene abzubauen.

Seit dem gescheiterten Versuch einer europäischen Verfassung versprechen sich die Föderalisten gar nichts mehr vom Funktionalismus. Die EU blieb und bleibt weiterhin eine überwiegend intergouvernementale Organisation, in der der Rat, der die Regierungen repräsentiert, die wichtigsten Entscheidungen fällt. Die Kommission ist insofern dem Rat untergeordnet, als ihr finanzielle Eigenmittel versagt wurden und die Kommissare auf ihre Re-Nominierung durch die Mitgliedstaaten angewiesen sind. Die Bürger haben so gut wie keinen Einfluss auf die Zusammensetzung der Kommission. Das andere vermeintliche Gegengewicht, welches Gemeinschaftsinteressen vertritt – das Europäische Parlament – ist die einzige gewählte supranationale Institution der Welt und hat zwar an Einfluss gewonnen, ist dem Rat jedoch immer noch weitgehend untergeordnet. Innerhalb der byzantinischen Entscheidungsstruktur der Union liegt die stärkste Macht des Parlaments im Mitentscheidungsverfahren, bei dem es ein Vetorecht gegen die Entscheidungen des Rates hat. Umgekehrt trifft aber leider auch zu, dass es keine einzige Form der Entscheidungsfindung gibt, bei der die Gemeinschaftsinteressen die Einzelinteressen der Mitgliedstaaten überstimmen könnten. Daraus folgt, dass das Parlament keine Vorreiterrolle im Integrationsprozess spielen kann. Obwohl die europäischen Bürger sich in diesem institutionellen Dschungel nicht auskennen, und dies von ihnen realistisch gesehen auch nicht erwartet werden kann, reichen ihre Erfahrungen für die Schlussfolgerung, dass im Hinblick auf die Fragen und Probleme, die sie wirklich beschäftigen, eher die Wahlen auf nationaler als auf europäischer Ebene von entscheidender Bedeutung sind. Die Konsequenz daraus ist, dass sie sich gar nicht an den Wahlen zum Europäischen Parlament beteiligen oder aber ihre Stimme dazu nutzen, ihre jeweilige amtierende nationale Regierung abzustrafen.

Im Rat, den wir damit als die Plattform benennen können, auf der die langfristigen Entscheidungen in der essentiell intergouvernementalen EU getroffen werden, spiegeln sich die tiefen Gräben zwischen den Mitgliedstaaten wider. Der Lissabon-Vertrag garantiert im Wesentlichen Vetorechte in grundlegenden Fragen wie der Besteuerung. In anderen Bereichen könnte die Mehrheit theoretisch die Minderheit überstimmen, aber in der Realität ist es nur schwer vorstellbar, dass eine Mehrheitsgruppe einem Mitgliedstaat in einer bestimmten Angelegenheit eine Entscheidung aufdrängt, die seinen Interessen vollkommen widerspricht. In den meisten Mitgliedstaaten ist die anti-europäische Stimmung bereits so ausgeprägt, dass die Missachtung wahrgenommener vitaler Interessen eines Mitgliedstaates sie zum Siedepunkt bringen würde. In einer Welt aus Pauschalvereinbarungen und Kuhhandel zwischen Regierungen werden daher Verträge ausgehandelt, die den Status quo aufrechterhalten. Das ist wohl auch der Grund dafür, dass seit Maastricht 1992 kein Vertrag von historischer Bedeutung mehr unterzeichnet wurde. Der europäische Integrationsprozess ist zum Stillstand gekommen.

Die europäischen Bürger waren jahrzehntelang ausdrücklich und bewusst aus den wichtigen Entscheidungsprozessen zur europäischen Integration ausgeschlossen. Als sie erstmals in Volksentscheiden befragt wurden, stimmten sie meistens gegen die Initiativen, und zwar als Zeichen des Protests dagegen, dass die Europäische Union ihnen keine Lösungen für die Probleme liefert, die sie wirklich beschäftigen. Eurobarometer befragt die Europäer regelmäßig zu diesen Problemen. Ganz oben auf der Liste stehen gewöhnlich Themen wie Arbeitsplätze, Immigration, Korruption, Klimawandel und ähnliche Anliegen. Die Bürger sind auch der Meinung, dass die Union nicht in der Lage ist, die meisten dieser Herausforderungen zu bewältigen. Die Mitgliedstaaten haben keine ausreichenden Kompetenzen auf die Gemeinschaftsebene übertragen, um diese überhaupt in die Lage zu versetzen, Maßnahmen zur Lösung dieser Herausforderungen zu ergreifen.

## *Sozialstaat und Deregulierung*

Der Wohlfahrtsstaat war eine zivilisatorische Errungenschaft Europas. Er war nicht nur ein Erfolg im Hinblick auf soziale Kohäsion und Mobilität, sondern auch in Bezug auf Beschäftigung und Wirtschaftswachstum, insbesondere im Vergleich zu den folgenden Jahrzehnten des Neoliberalismus. Ebenso war er insofern ein Garant für Demokratie, als er für einen hohen Anteil materiell unabhängiger und gut gebildeter Wähler sorgte, die in der Lage waren, demokratische Institutionen und Werte zu verteidigen und zu bewahren. Leider brachten die Wirtschaftskrisen der 1970er Jahre (zwei Ölkrisen sowie der Nixon- und der Volcker-Schock) die europäischen Volkswirtschaften ins Wanken. Die Propagandamaschinerie der neoliberalen Bewegung, die großzügig von den immer größer werdenden und immer transnationaler ausgerichteten Konzernen gesponsert wurde, war bestens darauf vorbereitet, diese Schwächen auszunutzen. Sie überzeugte die durch den Sozialstaat zu Wohlstand gelangten Mittelschichten davon, dass sie nicht länger Solidarität gegenüber den Armen an den Tag legen müssten, sondern stattdessen ihren eigenen Wohlstand schneller steigern könnten.

Die neoliberale Bewegung eroberte in den 1970er Jahren zunächst die konservativen Parteien; gewann ab den 1980er Jahren aber auch immer mehr an Einfluss in den linken Parteien (Mitterrand, Blair, Schröder). Für den ideologischen Unterbau sorgte Anthony Giddens mit seinem Buch *The Third Way* (dt. *Der dritte Weg*). Die sozialdemokratischen Parteien bewegten sich in die politische Mitte und nahmen die zuvor von den liberalen Parteien besetzte Kombination aus kulturell links/wirtschaftlich rechts ein, was für letztgenannte Parteien zu Verlusten bei den Wahlen führte.

Trotz der Rhetorik über ein »Soziales Europa« blieb der Sozialstaat fast ausschließlich eine nationale Domäne. Die angelsächsischen Volkswirtschaften wendeten sich radikal einem neoliberalen Modell zu, die mediterranen Staaten haben nie vollständig ausge-

reife Sozialstaaten entwickelt und eine große Zahl der kleineren Mitgliedstaaten aus dem ehemaligen Ostblock traten als Neukonvertierte dem angelsächsischen Glauben bei. Selbst in Deutschland wurde der Lohnanteil an den Produktionskosten radikal gemindert sowie eine Unterschicht im Niedriglohnbereich und eine überbezahlte Managerschicht geschaffen. In der intergouvernementalen Union waren die Mitgliedstaaten in der Mehrheit, die sich vom Modell des Wohlfahrtsstaates abwandten. Nur die skandinavischen Länder behielten es bei und weiteten es sogar in einem nachhaltigen Maß aus. Bezeichnenderweise, aber nicht überraschend war dies die einzige EU-Region, die der 2008 in Europa ankommenden Weltwirtschaftskrise standhalten konnte. (Auch Deutschland gilt weithin als ein Krisengewinner und hat sicherlich seine Position gestärkt, allerdings auf Kosten seiner Nachbarstaaten und der unteren Schichten: Es nutzte die Eurozone aus, indem es seine Wettbewerbsfähigkeit mit Lohnkürzungen erhöhte, was andernorts im Euroraum dramatische Folgen zeitigte.)

Der freie Kapitalverkehr, eines der Grundprinzipien des derzeit existierenden Integrationsprozesses, hat es möglich gemacht, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern. Die EU-Osterweiterung förderte diesen Prozess durch die Anheizung des Wettbewerbs zwischen den Sozial- und Arbeitsmarktsystemen, statt diese Systeme zu harmonisieren. Dies hatte negative Auswirkungen auf den Osten, in dem oft die Hälfte der Bevölkerung an der Grenze des Existenzminimums oder sogar darunter lebt und es nur rudimentäre Sozialleistungen und eine sehr niedrige Arbeitsplatzsicherheit gibt. Es hatte auch negative Auswirkungen auf den Norden und Westen, wo politische Kräfte die Konkurrenz aus dem Osten als Druckmittel ausspielen, um eine Aushöhlung der sozialstaatlichen Errungenschaften durchzusetzen. Ebenso trugen die Prinzipien des freien Dienstleistungsverkehrs und der Freizügigkeit der Arbeitnehmer dazu bei, wichtige Regelungen auf den nationalen Arbeitsmärkten zu untergraben. Richtungsweisende Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs waren, wie in den

Fällen *Laval* und *Rüffert*, wahrlich herbe Schläge gegen Arbeitnehmerrechte, was noch gar nicht in ganz Europa hinlänglich zur Kenntnis genommen wurde.

Gleichzeitig mit diesen Prozessen haben sich mehrere Mitgliedstaaten (allen voran das Vereinigte Königreich, Luxemburg, Zypern, Malta, zu einem gewissen Grad auch Irland, Österreich und Lettland) sowie Partnerländer (Schweiz) quasi selbst zu Steueroasen entwickelt. Das wies das Tax Justice Network nach, eine internationale Nichtregierungsorganisation, die die Hausaufgaben von internationalen Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der EU oder der OECD gemacht hat. Das Schattenfinanzwesen ist von einer Randerscheinung zu einem massiven globalen System geworden, was die Mittel der nationalen Haushalte und die Sozialkassen erheblich belastet. In vielen EU-Mitgliedstaaten wäre beispielsweise das Rentensystem wieder tragfähig, wenn Gelder nicht in Steueroasen umgeleitet würden. Gleichwohl haben die betreffenden Mitgliedstaaten bisher eine Lösung dieser internationalen Angelegenheit blockiert.

Hier ist hinzuzufügen, dass das allgemein akzeptierte Argument, der Sozialstaat sei aus demografischen Gründen nicht aufrechtzuerhalten, auf wackeligen Füßen steht. Bei der in fast allen Ländern sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit, die in Spanien, Italien, Kroatien, Griechenland und andernorts dramatische Ausmaße angenommen hat, ist das Argument der zu niedrigen Geburtenrate schlicht lächerlich. Die Wahrheit ist, dass im Privatsektor immer mehr Arbeitsplätze in Niedriglohnländer außerhalb Europas ausgelagert werden und dass der öffentliche Sektor keine Arbeitsplätze schaffen und damit auf die sich verändernden sozialen Erfordernisse reagieren kann (beispielsweise weg von technologisch obsoleten Jobs hin zu sozialen Dienstleistungen, also Alten- und Krankenpflege usw.), weil ihm aufgrund der Umleitung von Profiten und Wohlstand in Steueroasen sowie dem Steuerwettbewerb mit immer niedrigeren Steuersätzen keine ausreichenden Finanzmittel zur Verfügung stehen.

## *Wirtschaft und Europäisierung*

Wie oben gesagt war die Input-Legitimation des europäischen Integrationsprozesses aufgrund seines funktionalistischen Ansatzes sehr schwach. Das sollte durch wirtschaftliche Output-Legitimation wettgemacht werden. Allerdings sind die Ergebnisse hier nicht eindeutig: Insgesamt hat sich das Wachstum in der EU nach der vollständigen Einführung des Binnenmarkts beträchtlich verlangsamt; der freie Kapitalverkehr ermöglichte eine Steuerflucht und die Auslagerung von Arbeitsplätzen, während der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zur Ära der Wohlfahrtsstaaten zurückging. Soziale Ungleichheiten nahmen zu. Norwegen und Island lehnten den EU-Beitritt zum Teil deswegen ab, weil sie ihre Sozialsysteme bewahren wollten, während der schwedische Beitritt einem Volksentscheid geschuldet ist, der in dem kurzen Zeitfenster durchgeführt wurde, in dem zum ersten und bisher letzten Mal in der Geschichte des Landes eine Pro-EU-Haltung vorherrschend war. In Griechenland, im Süden Italiens und in Portugal führte der EU-Beitritt zu einer De-Industrialisierung. Irland verhinderte das, indem es zum Trojanischen Pferd für US-Kapital wurde, und Zypern, indem es sich in eine Steueroase verwandelte. Spanien ist wohl das einzige Mittelmeerland, das ohne Einschränkungen von seinem EU-Beitritt profitiert hat.

Die politische Linke in Europa hat das Integrationsprojekt immer unterstützt, weil sie darin eine Form des sich selbst bewahrenden Versprechens des Internationalismus sah, der nach und nach jeden Nationalismus verdrängen würde. Sie erwartete zwar nicht, dass die Aufspaltung in Nationalstaaten durch das Westfälische System gleich nach dem Krieg durch eine Union ersetzt werden würde, zog aber ein funktionell verbundenes Europa mit einem hohlen föderalistischen Symbolismus einem Europa autarker Staaten und potentieller Feindschaften immer noch bei weitem vor. Die meisten im linken politischen Spektrum glaubten sogar, dass Europa es dem Integrationsprozess zu verdanken

habe, dass nationalistische, mit Waffengewalt ausgetragene Rivalitäten um Territorien durch Frieden, Handel und ausländische Investitionen ersetzt wurden. Sie zogen nie die Möglichkeit in Betracht, dass der Prozess andersherum erfolgt sein könnte: Krieg wurde allmählich als unnötig erachtet und kam aus der Mode. Seine territorialen Gewinne hatten sich ohnehin als kurzlebig erwiesen und waren fast immer wieder verlorengegangen. Kriege wurden nun von Direktinvestitionen und Aktienanlagen im Ausland abgelöst, was es dem Kapital ermöglichte, Vermögenswerte in anderen Volkswirtschaften zu kontrollieren, ohne mit Gewalt gegen die Einheimischen vorgehen zu müssen, die nun als Konsumenten angesehen wurden. Diese grundlegende Veränderung ermöglichte die gegenwärtig existierende wirtschaftlich liberale Form der europäischen Integration.

Das Projekt der gemeinsamen Währung war zum Teil ein politisches Projekt. Zur Zeit der Maastrichter Verträge war es schon lange allgemein bekannt, dass Volkswirtschaften mit unterschiedlichen Wachstumsraten nicht die gleichen Zinssätze haben können. Da die Wirtschafts- und Währungsunion kein optimales Währungsgebiet war, kam es zu Spekulationsblasen und dem Zusammenbruch in den südlichen Ländern. Das Problem ist jedoch noch komplizierter. Parallel zum Euro-Projekt zielte die Lissabon-Strategie vergebens darauf ab, Europa wettbewerbsfähiger zu machen. Sie scheiterte vor allem daran, dass sie eine unverbindliche intergouvernementale Strategie war, die auf der »offenen Koordinierungsmethode«, mit anderen Worten auf Wunschdenken beruhte. Während einige Länder wettbewerbsfähiger wurden, gerieten andere ins Hintertreffen. Die südlichen Volkswirtschaften und Irland erzielten gewaltige Produktivitätszuwächse, während in Deutschland die Zahlen stagnierten. Berlin reagierte darauf mit einer von allen Parteien absegneten Lohnzurückhaltung, einer neoliberalen Strategie, die Lohnforderungen im Inland durch Auslandsnachfrage nach deutschen Produkten ersetzt. Das machte Deutschland »lohnwettbewerbsfähig«, was verhinderte,

dass sich die Produktivitätszuwächse in den EU-Südländern in Exporte verwandelten, während gleichzeitig in diesen Ländern die Importe aus Deutschland angekurbelt wurden. Das resultierte in einem massiven und immer weiter wachsenden Handelsüberschuss für Deutschland und einem entsprechenden Defizit im Süden der EU. Die deutschen Banken gaben die Überschüsse als Kredite in die Südländer, in denen sich dadurch die Spekulationsblase zusehends vergrößerte und den mit ihr einhergehenden Konsumaufschwung anheizte. Als der Süden dann zusammenbrach, akzeptierte Deutschland widerwillig, die Zahlungsfähigkeit dieser Länder bzw. genauer gesagt die der Eurozone zu sichern, während es gleichzeitig auf einen staatlichen Sparkurs und Lohnzurückhaltung drängte. Im Grunde kaufte Berlin damit Zeit für die deutschen Banken, sich aus der bedrohlichen Lage im Süden zu befreien, indem sie sich billig Geld liehen und es zu höheren Zinsraten durch die Europäische Zentralbank (EZB) an den Süden verliehen. Das ließ Deutschland gut aussehen, erhöhte seinen Einfluss und war darüber hinaus auch noch profitabel, wobei die möglichen Risiken auf alle EZB-Geberländer verteilt waren. Wie zu erwarten scheiterte das deutsche Heilmittel in den südlichen Ländern, was selbst der IWF allmählich in seinen Länderberichten zu Griechenland einräumt. Die Austerität wurde zu einem Teufelskreis aus sinkender Nachfrage und Wirtschaftsleistung, was nach Meinung der Stabilisierungs-Homöopathen eine noch strengere Austerität erforderlich macht. Die von der Kanzel deutscher Erfahrung gepredigte Lohnzurückhaltung ist eine logische Absurdität, wenn sie zu einem missionarischen, bekehrenden Glauben wird. Wenn alle Mitgliedstaaten der Eurozone die Löhne kürzen, wo würden Exporteure dann ihre Abnehmer finden? Daher ist für die Bewältigung der Eurokrise eher eine Harmonisierung der Lohnpolitik erforderlich als die Übertragung der Steuerhoheit auf eine Gemeinschaftsebene, die auf der Grundlage zweifelhafter Verantwortlichkeit arbeitet. Fiskalpolitik ist nicht einfach eine technische Frage, sondern basiert sehr auf Wertmaßstäben. Das

Scheitern der europäischen Verfassung ist ein Beweis dafür, dass die Europäische Kommission in dieser Hinsicht keine klaren Leitlinien hat, um die Finanzhoheit der gewählten Regierungen zu übernehmen.

### *Aussichten: Legitimität, Eigenverantwortung und Effizienz*

Europa braucht eine verfassungsmäßige Grundlage, mit der seine Werte eindeutig festgelegt werden, und eher einen überwiegend föderalen als vorwiegend intergouvernementalen Aufbau der politischen Institutionen. Die Tatsache, dass die EU keine solide gemeinsame »konstitutionelle« Wertebasis hat, wird an der unlängst stattgefundenen Abstimmung im Europäischen Parlament über den sogenannten Tavares-Bericht zur Demokratie in Ungarn deutlich. Die Fraktionen der Sozialisten, Liberalen und Grünen unterstützten den kritischen Bericht, während die Europäische Volkspartei die ungarische Regierung unterstützte. Solange diese gemeinsame Wertebasis nicht vorhanden ist, sollte die politische Linke nicht länger die bestehende Form der Europäischen Union als die »unsere« porträtieren. Sie sollte klarstellen, dass der gegenwärtige Status quo in erster Linie das Kapital und damit eine steigende Ungleichheit sowohl innerhalb der Mitgliedstaaten als auch zwischen ihnen begünstigt, also nicht nachhaltig ist. Die politische Linke muss deutlich machen, dass die heutige Generation noch immer einen Kampf vor sich hat, denn ihre Vorväter aus dem 20. Jahrhundert haben nicht alles für sie in einer Weise hergerichtet, dass sie jetzt bequem leben kann.

Eine tatsächliche Föderalisierung ist nur zu erreichen, wenn die Mitgliedstaaten dazu bereit sind. Voraussetzung für eine solche Bereitschaft sind funktionierende Demokratien, die mehr als nur die wirtschaftlichen Eliten vertreten. Leider wurde die Qualität der Demokratien in den Mitgliedstaaten soweit ausgehöhlt, dass die etablierten Kartellparteien mehr auf Wahlkampfspenden von Großunternehmen und vermögenden Privatpersonen angewiesen

sind als auf Wähler. Die Bürger werden durch die Massenmedien von einem Interesse an progressiven Politiken abgehalten, unter anderem durch die Verunglimpfung »des Anderen«, insbesondere im kulturellen Bereich. In Fragen der Wirtschaftspolitik sind die Mainstream (Kartell-)Parteien mit ihren neoliberalen Positionen kaum mehr unterscheidbar. Die meisten Mitgliedstaaten sind im Grunde gekaperte Demokratien. Daher liegt die Lösung von Europas Problemen in den Mitgliedstaaten. Diese Lösung sollte damit beginnen, dass Wahlkampfspenden von Unternehmen ganz verboten und die von Privatpersonen erheblich eingeschränkt werden sollten. Die Frage ist, ob die etablierten linken Parteien dazu bereit wären, die von ihnen besetzte politische Mitte wieder zu räumen, wofür es erste Anzeichen gibt, oder ob Anti-Establishment-Parteien (wie die Syriza in Griechenland) stärker werden und die etablierten Parteien verdrängen.

Eine Integration ohne Gemeinwesen? Ein europäisches Gemeinwesen wird entstehen, sobald sich anstelle des derzeitigen intergouvernementalen Systems ein im Wesentlichen föderales System herausbildet.

## *Liste der Autoren und Herausgeber*

**Paolo Borioni**, geboren 1963, arbeitet als Historiker an der Universität von Rom La Sapienza und an der Kopenhagener Universität (KUA). Seine Forschungsschwerpunkte sind die Sozialdemokratie, die nordischen Länder, der Sozialstaat und Wirtschaftsgeschichte. Er forscht im Auftrag von Universitäten und für linksorientierte Think-Tanks. Borioni gehört dem wissenschaftlichen Beirat der Fondazione Giacomo Brodolini an, in der er auch für Projekte im Zusammenhang mit Expertenkommissionen und für internationale Netzwerke zuständig ist. Derzeit arbeitet er für linksgerichtete Parteien, hauptsächlich die Partito Democratico (PD) in Italien.

**Josep Borrell Fontelles**, geboren 1947, ist ein spanischer Akademiker und sozialistischer Politiker. Er ist Wirtschaftsprofessor und hat gegenwärtig einen Jean-Monnet-Lehrstuhl an der Madrider Universität Complutense inne. Er wurde mehrmals als Minister in die sozialistische Kabinette von Felipe Gonzalez berufen, war Mitglied des Europäischen Konvents, Präsident des Europaparlaments (2004–2007) und Vorsitzender des Ausschusses für Entwicklung (2007–2009). Von 2010 bis 2012 war Fontelles Präsident des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz.

**Laurent Bouvet**, geboren 1968, ist Professor für Politische Theorie an der Universität Versailles (UVSQ) und Direktor von OVIPO (Observatoire de la vie politique) bei der Fondation Jean-Jaurès. Sein Forschungsbereich umfasst vor allem die Geschichte des zeitgenössischen politischen Denkens, die Ideengeschichte und die Geschichte der politischen Doktrinen (insbesondere Liberalismus und Sozialismus) sowie die zeitgenössische Politik in Frankreich, in den USA und in der Europäischen Union.

**René Cuperus**, geboren 1960, ist Direktor für internationale Beziehungen und leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Wiardi Beckman Stiftung, dem Think-Tank der niederländischen Arbeiterpartei PvdA. Darüber hinaus schreibt er Kolumnen für die niederländische Tageszeitung *de Volkskrant*.

**Herta Däubler-Gmelin**, geboren 1943, ist Bundesministerin a. D. und gehörte von 1972 bis 2009 dem Deutschen Bundestag an. 2008 bis 2009 bekleidete sie den Vorsitz des Rechtsausschusses der Parlamentarischen Versammlung im Europarat. Nach dem Studium der Geschichte, Rechts- und Politikwissenschaften arbeitete Däubler-Gmelin zunächst als Rechtsanwältin, später als Honorarprofessorin in Berlin und in Aachen, wo sie bis heute tätig ist.

**Petr Drulák**, 1972 in der Tschechoslowakei geboren, ist Professor der Politikwissenschaft an der Karls-Universität Prag und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationale Beziehungen in Prag, das er von 2004 bis 2013 leitete. Er ist Autor zahlreicher Bücher, Artikel und Lehrbücher auf dem Gebiet internationale Beziehungen und schreibt als in der tschechischen Öffentlichkeit bekannter Intellektueller regelmäßig Beiträge mit Stellungnahmen und Kommentaren für Tageszeitungen und Zeitschriften.

**André Gerrits**, 1958 in Utrecht geboren, ist Professor der Geschichte an der Universität Leiden, wo er Leiter der Studiengänge International Studies und European Union Studies ist. Außerdem ist er Mitglied im Scientific Council of the Foundation for European Progressive Studies mit Sitz in Brüssel. Gerrits war Mitarbeiter am Niederländischen Institut für Internationale Beziehungen (Den Haag) und hat zahlreiche Schriften zu aktuellen europäischen Angelegenheiten und internationaler Politik veröffentlicht.

**David Goodhart**, geboren 1956, ist Direktor von Demos, dem wichtigsten parteiübergreifenden Think-Tank Großbritanniens. Davor

war er Gründer und Herausgeber des Prospect magazine, der führenden Monatszeitschrift zum Zeitgeschehen. Er lebte drei Jahre in Deutschland und berichtete für die Financial Times über die Wiedervereinigung.

**Ernst Hillebrand**, geboren 1959, ist Politikwissenschaftler und Leiter des Referats Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Er war Leiter der FES-Büros in London und Paris. Sein gegenwärtiger Arbeitsschwerpunkt sind ideologische und programmatische Entwicklungen in der europäischen Sozialdemokratie.

**Anna Maria Kellner**, geboren 1981, ist Referentin für Europäische Außen- und Sicherheitspolitik sowie für europäische Sozialdemokratie in der Internationalen Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Sie hat zuvor das FES-Büro in Algerien geleitet.

**György Konrad** ist ein ungarischer Essayist und Romanautor. Er war von 1990 bis 1993 Präsident der internationalen Schriftsteller-Vereinigung P.E.N. und von 1997 bis 2003 Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Künste. György Konrad ist Träger verschiedener Auszeichnungen, darunter des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels (1991), des Internationalen Karlspreises zu Aachen (2001) und des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises (2007).

**Ronny Mazzochi**, geboren 1978, ist Dozent für monetäre Ökonomie an der italienischen Universität Trient. Seinen Doktorgrad erwarb er an der Universität Siena. Bevor er wieder nach Italien zurückkehrte, ging er für einen zweijährigen Forschungsaufenthalt an die Carl von Ossietzky Universität Oldenburg in Niedersachsen. Seine akademische Forschung konzentriert sich auf intertemporäre Koordinierungsversagen und ihre Auswirkungen auf die Finanzpolitik. Mazzocchi ist Mitarbeiter der Stiftung Italianeuoro-

pei, Mitglied des Herausgeberbeirats der Zeitschrift *Left Wing* und Kolumnist der Tageszeitung *L'Unità*.

**Robert Misik**, geboren 1966, arbeitet in Wien als Sachbuchautor und freier Journalist für die österreichischen Magazine *Falter* und *profil*. Er ist Träger des österreichischen Staatspreises für Kulturpublizistik und des Bruno-Kreisky-Preises für das Politische Buch.

**Michael Naumann**, geboren 1941 in Köthen, ist Direktor der Barenboim-Said Akademie in Berlin. Er war Staatsminister für Kultur der Regierung von Gerhard Schröder, zuvor Verleger in Deutschland und in den USA, später Chefredakteur und Herausgeber der *ZEIT*.

**Nick Pearce**, geboren 1968, ist Direktor des Institute for Public Policy Research, dem führenden progressiven Think-Tank im Vereinigten Königreich. Er leitete das Beraterteam in der Downing Street unter der letzten Labour-Regierung und beriet das Kabinett im Bereich Bildung, Beschäftigung und Innenpolitik.

**Zoltán Pogátsa**, geboren 1974, ist ungarischer Volkswirtschaftler und Leiter des Studiengangs Internationale Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Westungarn (Nyugat-Magyarországi Egyetem). Sein Forschungsschwerpunkt ist die Wirtschaft im Zuge der europäischen Integration. Er lehrte und forschte in ganz Mittel- und Südeuropa, veröffentlichte mehrere Bücher und zahlreiche Fachartikel und ist regelmäßiger Kommentator in ungarischen und internationalen Medien zu Fragen im Zusammenhang mit der europäischen Integration und Wirtschaftsentwicklung.

**Göran von Sydow**, geboren 1975, arbeitet als Politikwissenschaftler am Swedish Institute for European Policy Studies (SIEPS) um am Fachbereich Politik der Universität Stockholm. Seine Forschungs-

schwerpunkte sind politische Parteien, Politik in Schweden, Europäische Integration und Verfassungsänderungen. Er leitet die SIEPS-Projekte über die öffentliche Meinung in Schweden zur europäischen Integration, zur Verfassung und zum politischen System der EU.